Herr Mittermeier begründet für die BfE-Fraktion den Antrag. Es gehe zunächst darum, eine Interessensbekundung an die Bezirksregierung zu formulieren.

Herr Langer erklärt, dass er schon als SchA-Vorsitzender die Angelegenheit nicht auf die lange Schiene schieben wollte. So verweist er auf die Entwicklung an der Hauptschule. Man solle die Chance für Eitorf nutzen und gehe kein Risiko ein. Neue Erkenntnisse hätten auch die von Herrn Keuenhof ermittelten Informationen gebracht. Man binde sich mit einer Absichtserklärung ja noch nicht.

Frau Zorlu erklärt, dass die SPD den BfE-Antrag unterstütze. Ergänzend beantrage die SPD zusätzlich eine Elternbefragung in Eitorf unter Einbeziehung aller Eltern von Grundschulkindern in den nächsten 6-8 Wochen.

Herr Sonntag ist der Meinung, dass der BfE-Antrag in Teilen zu unterstützen ist. Eigentlich sei es aber Aufgabe der Verwaltung, die Kontakte zur Bezirksregierung zu knüpfen und das Thema zu begleiten. Mit der Interessenbekundung räume sich die Gemeinde jeglichen Spielraum ein. Herr Sonntag bittet allerdings, die „alternativlose“ Formulierung herauszunehmen. Nach wie vor sei eine weitere Erörterung durch den Unterausschuss sinnvoll. Die vom Schulausschuss beschlossene Prozesskette solle weiterlaufen.

Herr Gräf verweist auf einen weiteren Antrag der FDP-Fraktion zum Thema, der im Vorfeld der Ratssitzung dem Bürgermeister und den Fraktionen übermittelt wurde. Der BfE-Antrag sei sehr kurzfristig vor der Ratssitzung eingegangen. Man habe kein Problem mit einer Interessenbekundung, jedoch mit der restriktiven Formulierung. Im übrigen skizziert Herr Gräf inhaltlich die Zielsetzungen des von ihm eingereichten Antrages. Der Antrag ist als **Anlage 4** der Niederschrift beigefügt.

Der Bürgermeister zitiert im Anschluss aus dem Vermerk des Amtsleiters 50, wonach nach Auskunft der Bezirksregierung eine Ausschlussfrist 31.12.2010 bisher nicht bestehe. Gleichwohl könne es nicht schaden, jetzt die Interessenbekundung abzugeben, um sich eine Option zu schaffen. Damit vergebe man sich nichts.

Herr Sonntag bittet, heute zu entscheiden und die schulpolitische Debatte weiter inhaltlich im SchA und Arbeitskreis zu belassen.

Auch Frau Zorlu ist der Meinung, heute zunächst über den BfE-Antrag abzustimmen. Hinsichtlich der Ermittlung der Elternmeinung müsse man aber schon schneller handeln. Über eine Elternbefragung sei ebenfalls heute abzustimmen.

Der Bürgermeister skizziert das bisherige Verfahren. Insbesondere die Erarbeitung der Elternbefragung sei doch Aufgabe der eingesetzten Gremien. Den Arbeitskreis habe er auf einem sehr guten Weg gesehen – mit der nötigen Geschwindigkeit aber auch mit der erforderlichen Gründlichkeit.

Herr Langer beantragt gem. Geschäftsordnung das Ende der Debatte und die weitere Fortführung der Diskussion im Schulausschuss. Dort sei die Debatte unter Einsatz eines Arbeitskreises begonnen worden mit ersten guten Ergebnissen.

Der Bürgermeister fasst die vorliegenden Anträge zusammen.

Auf seine nochmalige Nachfrage erklärt Frau Zorlu, dass sie ihren Antrag auf Elternbefragung heute nicht aufrecht erhält und im SchA weiter beraten werden soll.

Herr Mittermeier modifiziert nach Vorliegen der aktuellen Informationen seine Antragsformulierung. Auf den zweiten Absatz könne man somit verzichten. Jedoch lege er Wert darauf, die Interessensbekundung bis zum 31.12.2010 der Bezirksregierung zuzuleiten.

Da inhaltlich sowohl die Möglichkeiten der Gemeinschaftsschule als auch der Gesamtschule untersucht werden sollen, stellt der Bürgermeister fest, dass der FDP-Antrag der weitestgehende ist. Aufgrund von

Einwänden aus Reihen des Rates ergänzt der Bürgermeister außerdem, dass zu jedem Punkt der Tagesordnung Anträge gestellt werden können und das Thema heute auf der Tagesordnung stehe.

Gegen das Ende der Debatte ergibt sich kein Widerspruch.

Nachdem der Bürgermeister den FDP-Antrag vorgelesen hat, lässt er hierüber abstimmen.

Beschluss:

Nr. XIII/10/142

Der FDP-Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis. 15 Ja-Stimmen (FDP), 19 Nein-Stimmen (11 CDU, 5 SPD, 1 BfE, 2 Grüne), 3 Enthaltungen (jeweils 1 FDP, UWG, BM)